

*„Leiden, ach, zu allen Zeiten,  
muss der kleine Mann, wenn die Großen streiten.“ (Jean de La Fontaine)*

## **Wer zahlt die Zeche für diesen Krieg? Stoppt endlich die weitere Verarmung der Armen! Neue Regelungen für ALG II – SOFORT!**

Wir Mitglieder der Vernetzungskonferenz der Basisbewegung **aufstehen** sind zutiefst erschüttert über die Lage in der Ukraine und ihre Auswirkungen auf das Leben in Europa, ja in der ganzen Welt.

**Die Geschichte lehrt nicht nur, dass es keinen Frieden gibt, der durch kriegerische Auseinandersetzungen herbeigeführt wurde, sondern auch, dass die Lasten der verschiedenen Katastrophen – Kriege, Umweltzerstörung, Pandemien – überwiegend von den sogenannten „kleinen Leuten“ getragen werden.**

Hier drei aktuelle Beispiele zur angespannten sozialen Situation in Deutschland:

- Die gewährten Sozialleistungen decken immer weniger die tatsächlichen Bedarfe.
- Die Preise für Nahrungsmittel, Energie, Gas und Transportkosten sind für viele Bürger kaum noch bezahlbar und schnellen weiter in die Höhe.
- Die Armutsquote bei Alleinerziehenden, insbesondere Müttern, steigt derzeit deutlich über die 40%-Marke.

**Wir erwarten von der Regierung, dass sie die Lasten diesmal endlich gerechter auf den Schultern aller Bevölkerungsschichten verteilt.**

**Allein, wenn man die Regelsätze für ALG II neu und in einem kürzeren Rhythmus festlegen würde, wäre schon vielen Menschen geholfen.**

Die Regelsätze werden bisher einmal jährlich nach Berechnungen des Bundesamtes für Statistik festgelegt; berücksichtigt werden auch zurückliegende Preissteigerungen für Lebensmittel. Um die Folgen schnell und stark steigender Preise flexibel abfedern zu können, müsste lediglich der Berechnungszeitraum neu gesetzlich festgelegt werden, und zwar von jährlich auf vierteljährlich, und der sich ergebende Steigerungsbetrag für jeweils drei Monate nachgezahlt werden. Basis der Neuberechnung pro Vierteljahr sollte die amtlich festgestellte Preissteigerungsrate (Bundesamt für Statistik) des Vorjahres für den Warenkorb eines vierköpfigen Arbeitnehmerhaushaltes sein. Dies würde zwar nicht alle Ungerechtigkeiten abschaffen, aber sicher die größte Not lindern und wäre sofort und unkompliziert durchführbar. Die Mehrkosten im Bundeshaushalt könnten locker aus den von den Preissteigerungen ausgelösten Mehreinnahmen aus der Umsatzsteuer gedeckt werden, die ja alle Konsumenten, unabhängig von ihrer Einkommensquelle, zu zahlen haben. Einsetzen sollte dieser Mechanismus, wenn die Preissteigerungsrate für den genannten Vierpersonenhaushalt mehr als einen Monat lang den Wert von 2% erreicht. Enden sollte der Mechanismus jeweils mit dem vierten Quartal, weil dann der neue Regelsatz bekannt ist und die zurück liegenden Preissteigerungen eingearbeitet sind. Sollten die Preise dann weiter stark steigen, tritt die Monatsregelung wieder in Kraft u.s.w , u.s.w.

**Außerdem fordern wir:**

- Eine Aufstockung des Mindestlohns – sofort!
- Unbürokratische Soforthilfen für prekär Beschäftigte, Rentner und Studierende, wenn die ihre täglichen Lebenshaltungskosten nicht mehr decken können.
- Volle Transparenz über die Verwendung der jetzt ausgereichten Gelder.